

amtliche Bekanntmachung

014 K 005/23



AMTSGERICHT VELBERT

BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 02. Mai 2024; 10:00 Uhr,
im Amtsgericht Velbert, Nedderstraße 40, Saal 3**

das im Grundbuch von Velbert Blatt 1 0 8 6 9 eingetragene Grundstück

Grundbuchbezeichnung:

Gemarkung Velbert, Flur 52, Flurstück 2997, Gebäude- und Freifläche,
Siemensstraße 43; groß 1.169 qm

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine ungenutzte Industriehalle mit Büro- und Sozialeinbauten mit Flachdach. Bis vor kurzer Zeit als metallverarbeitender Betrieb genutzt. Eine weitere Nutzung ist bei ordnungsgemäßer Instandhaltung möglich. Baujahr laut Bauakte ca. 1993. Nutzflächen ca. 715,42 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 11.05.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf 537.000,00 EUR festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Velbert, 05.03.2024